

Wird diese Saison wegen Corona nicht viel laufen.“

Klaus Kahrs, 2. Vorsitzender Verein Alter Hafen Stade.



beiter Schöllisch endgültig verlässen. Dann haben sie hier vier Jahre lang gewerkelt. Schwieriger Baugrund, anhaltender Regen und eine komplizierte Baustelle mit der Erneuerung auch des Kanals forderten ihren Tribut und strapazierten die Geduld der Autofahrer. Knapp zehn Millionen Euro waren für das Projekt veranschlagt, davon flossen 3,5 Millio-

ße/Wallstraße kommt verkehrstechnisch gesehen ein ganz dicker Brocken auf Autofahrer, Fußgänger und Radfahrer zu. Die vorbereitenden Bauarbeiten dort haben bereits begonnen – ganz dezent. Die Stadtwerke und die Telekom verlegen Leitungen und bereiten damit den großen Kreiselsbau vor. Erste Sondierungsarbeiten zur Untersuchung des Un-

Hintergründiges zur Lage in der

Was hat der weltweit Wellen schlagende Tod von George Floyd in den USA mit dem Tod von Aman Alizada zu tun, dem afghanischen Flüchtling, der am 17. August mit mindestens vier Schüssen aus einer Polizistenwaffe von einem Polizisten erschossen wurde? Die Antwort kann nur lauten: nichts. Auch ohne die Ermittlungsakten zu kennen, dürfte Rassismus als Ursache dieser furchtbaren Tragödie keine Rolle gespielt haben. Aber das ist das Problem: Zehn Monate nach dem Tod des 19-jährigen Afghanen gibt es noch keine Entscheidung, ob der Polizist angeklagt wird. Damit bleibt weiterhin im Dunkeln, was an diesem 17. August in der Bützflether Flüchtlingsunterkunft wirklich geschah. Als gesichert gilt die Erkenntnis, dass nur Polizisten und das Opfer in einem Raum waren. Warum dennoch viermal geschossen wurde und ob das als Notwehr gewertet werden kann, ist die entscheidende Frage, die die Staatsanwaltschaft Stade seit nunmehr zehn Monaten zu klären hat. Da vermutlich nur Polizisten als Zeugen vernommen werden konnten, wirft dieser lange Zeitraum schon Fragen auf. Dass angesichts der von der sehr unglücklich agierenden SPD-Vorsitzenden Saskia Esken entfachten Debatte über latenten Rassismus in der deutschen Polizei jetzt auch der erschossene Flüchtling in Bützfleth auf die Agenda kommt und beispielsweise gestern Abend bei der Kundgebung in Buxtehude eine Rolle spielte, ist verständlich. Auch die Staats-

anwaltschaft Stade muss das wissen und zur Kenntnis nehmen. „Es liegt definitiv nicht an uns“, sagt Kai Thomas Breas, der Sprecher der Staatsanwaltschaft. Auch den Staatsanwälten sei bewusst, dass der lange Zeitraum Fragen in der Öffentlichkeit aufwerfe. Die Antwort liege schlicht im Verfahren. Nach den Zeugenvernehmungen mussten etliche Gutachten, wie beispielsweise eine chemisch-toxikologische Untersuchung, in Auftrag gegeben und ausgewertet werden. Danach gingen die Ermittlungsergebnisse zunächst an den Hamburger Rechtsbeistand des in Australien wohnenden Bruders vom Opfer. „Wir warteten von Januar bis Ende April auf eine Stellungnahme, die wir nicht bekommen haben“, sagt Breas. Der Anwalt gibt auch der Presse keine Auskunft. Auch der Verteidiger des Polizisten habe die Akten bekommen und keine Stellungnahme abgegeben, was laut Breas alle überrascht habe. Gleichwohl wollte die Staatsanwaltschaft diesen Anspruch auf „rechtliches Gehör“, nach Paragraph 103 des Grundgesetzes nicht abschmettern, besonders nicht in diesem hochbrisanten Fall. Jetzt allerdings habe die Staatsanwaltschaft entschieden, ohne die Stellungnahmen der Rechtsvertreter zu entscheiden. „Wir haben lange genug gewartet.“, urteilt Breas jetzt. Zeitnah sei mit einer Entscheidung der Staatsanwaltschaft zu rechnen, ob Anklage erhoben oder das Verfahren eingestellt werde. Egal wie die Entscheidung ausfallen wird: Die derzeitige politische Debatte wird die Tragödie

von Bützfleth bundesweit in die Schlagzeilen bringen. Zumal die bisherigen Ermittlungen eher in Richtung Notwehr deuten...

*

Die SPD war am 20. Februar mit 39,2 Prozent deutlicher Sieger der Bürgerschaftswahl in Hamburg. Das jetzt geschmiedete rot-grüne Bündnis mit Peter Tschentscher (SPD) an der Spitze war die logische Folge einer Neuaufgabe dieses gut arbeitenden Koalition. Alles bekannt. Doch so ganz nebenbei kann sich ein Mann auch als Gewinner fühlen, der lange sogar um seinen Job bangen musste. Andreas Rieckhof (SPD). Der ehemalige Stader Bürgermeister war Verkehrs-Staatsrat in der Wirtschafts- und Verkehrsbehörde, die das Ressort Verkehr aber an die Grünen abtreten musste. Dass der neue grüne Verkehrsstaatsrat Anjes Tjarks einen SPD-Staatsrat übernehmen würde, war aussichtslos. Also Rieckhof in der Wirtschaftsbehörde überflüssig? Denkste. Die SPD hatte in den Koalitionsverhandlungen nämlich durchgesetzt, dass die oberste Planung bei den wichtigen Infrastrukturprojekten A-26-Ost (Hafenquerspange), Neubau der Köhlbrandquerung und Flughafen in der Wirtschaftsbehörde bleibt. Bei Rieckhof, der in Zukunft auch für den Hafen und Innovation verantwortlich ist, weil sein Staatsrats-Kollege Torsten Sevecke gehen muss. Zwei Staatsräte werden in der verkleinerten Wirtschaftsbehörde nämlich nicht mehr gebraucht. Dass